

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1919

276 (17.6.1919) Abendausgabe

teinerlei Garantie, daß sie eine dauernde Aenderung darstellt. Bei dem augenblicklichen Zustande des internationalen öffentlichen Gefühls kann man von den freien Nationen der Welt nicht erwarten, daß sie sich unverzüglich und auf dem Fuße der Gleichheit mit denen assoziieren, welche ihnen so großes Unrecht zugefügt haben.

Jeder Versuch, dieses Ergebnis in verfrühter Weise herbeizuführen, würde das Ansehen der von allen erwünschten Beschwichtigung aus verzögern statt es zu beschleunigen und die alliierten und assoziierten Mächte glauben, daß, wenn das deutsche Volk durch Handlungen seine Absicht, die Friedensbedingungen zu erfüllen, seine endgültige Verzichtleistung auf Angriffspolitik und seine Umwandlung in ein Volk befunde, mit welchem man auf freundlichen Fuße und unter Nachbarschaft leben kann, die Erinnerung an die letzten Jahre sich schnell verwischen, und es möglich machen werde, in nicht fernher Zukunft die Gesellschaft der Nationen zu vervollständigen, indem man Deutschland zuläßt.

Die alliierten und assoziierten Mächte wünschen aufrichtig, daß dem so sein möge. Sie glauben, daß die Zukunft der Welt von einem engen, freundschaftlichen Zusammenwirken aller Nationen im Hinblick auf die Regelung internationaler Fragen und die Begünstigung alles dessen, was die Wohlfahrt und den Frieden der Menschheit berührt, abhängt, aber es wird hauptsächlich von der Handlung des deutschen Volkes abhängen, den Zeitpunkt seines Eintritts in die Gesellschaft der Nationen näher zu bringen.

Die alliierten und assoziierten Mächte erklären, daß die Blockade Deutschlands eine geschichtliche Kriegsmassnahme ist und nur infolge des verbrecherischen Charakters des von Deutschland unternommenen Krieges und der von Deutschland durchgeführten barbarischen Kriegsmethoden, jedoch stets gemäß dem internationalen Recht verschärft werden mußte.

Schließlich erklären die alliierten und assoziierten Mächte, daß ihre heute übermittelten Bedingungen die letzten sind. Sie haben auf Grund der Prüfung der deutschen Gegenanschläge bedeutende praktische Zugeständnisse für die Durchführung gemacht, diese sind in den Grundlinien des Vertrages gehalten. Der Vertrag, wie er heute aufgestellt ist, repräsentiert den aufrichtigen Versuch, eine Herrschaft des Rechtes zu errichten. Als solcher muß er im Wortlaut, wie er heute vorgelegt wird, angenommen oder verworfen werden.

Insolange es erwartet die alliierten und assoziierten Mächte von der deutschen Delegation binnen 5 Tagen vom Tage der oecumenischen Mitteilung ab eine Erklärung, wonach sie bereit ist, den Vertrag, so wie er ist, zu unterzeichnen. Geschieht das, so werden die Vorkehrungen für die sofortige Unterzeichnung des Friedens in Versailles getroffen werden, andernfalls stellt die gegenwärtige Mitteilung die Kündigung im Sinne des Artikels 2 des Abkommens vom 16. Febr. 1919 über die Verlängerung des Waffenstillstandes dar. Insolange es erwartet die alliierten und assoziierten Mächte von der deutschen Delegation binnen 5 Tagen vom Tage der oecumenischen Mitteilung ab eine Erklärung, wonach sie bereit ist, den Vertrag, so wie er ist, zu unterzeichnen.

Blätterstimmen zur Antwort der Entente.

— Berlin, 17. Juni. Zu der Antwort der Entente sagt von den heute Morgen erschienenen, ganz wenigen Blättern die „Germania“:

Die Aenderungen des Vertrages stellen sich als etwas günstiger dar, als die Meldungen von Havas erwarten ließen. Aber sie bleiben doch noch sehr weit hinter den Erwartungen zurück. In einer in ihrer Kürze fast unmöglichen Frist soll die deutsche Nationalversammlung und die deutsche Regierung sich schlüssig werden und zwar über Bedingungen von solcher Tragweite und von solcher Härte. Aber man wird in Weimar und Berlin auch alle Möglichkeiten in Erwägung ziehen, die bei einer Verweigerung der Unterzeichnung eintreten würden. Nach gilt immer und in allen Fällen der Satz: Daß zwischen zwei Übeln das geringere zu wählen ist. Auch ist in Betracht zu ziehen, daß die Zukunft ganz sicherlich so aussehen wird, wie sie auf dem Pariser Papier steht.

Der „Vorwärts“ führt aus, daß es eine Tatsache von weitreichender Bedeutung bleibt, daß der Parteitag nahezu einmütig die bisherige auswärtige Politik der Partei gebilligt hat. Nach einmal sei in kürzester Form der uns von der Entente zugebotene Gewaltsfrieden zurückgewiesen worden. Ueber die Taktik, die im ferneren Kampfe um einen gerechten Frieden anzuwenden sei, habe sich der Parteitag wohlweislich nicht ausgesprochen. Dies zu bestimmen, werde Sache des Kabinetts und der Nationalversammlung sein. Sollten jedoch die Sozialisten in der Regierung zu der Überzeugung kommen, daß auch der geänderte Friedensvertrag der Entente nicht unterzeichnet werden könne, so würden sie auch den Beschluß des Parteitages gebilligt sein.

Die Vorbereitungen zum Einmarsch der Entente.

Sch. Rotterdam, 17. Juni. (Privattele.) Eine Havas-Berichte von gestern Abend meldet, daß Marschall Foch am Mittwoch in das Hauptquartier abreist, um die militärischen Maßnahmen gegen Deutschland vorzubereiten. Der Pariser „Temps“ meldet, zu den militärischen Operationen gegen Deutschland stehen dem alliierten Oberbefehlshaber 3 1/2 Millionen Entente-Truppen zur Verfügung.

Die Vorbereitungen zum Einmarsch der Entente.

— Kassel, 16. Juni. Wie die „Agence Centrale“ meldet, sind von den Generälen Foch und Sir Douglas Haig für den Fall der Nichtunterzeichnung des Vertrages innerhalb der gefestigten Frist folgende Maßnahmen beschlossene worden: Strenge Blockade und allgemeine Vormarsch auf Berlin. Die Belgier, die zunächst Düren, Essen und Münster besetzen würden, würden über Westfalen die Amerikaner über Weimar und Jena, die Franzosen über Bamberg, Würzburg und Ulm marschieren; die britische Armee würde mit den Belgiern vorrücken. (Zit. Ztg.)

Von der Alliiertenkonferenz.

Sch. Rotterdam, 17. Juni. (Privattele.) Die „Times“ meldet am Montag aus Paris: Die Alliierten-Konferenz wird am 12. Juli geschlossen.

Clemenceau tritt nicht zurück.

tu. Brüssel, 17. Juni. (Privattele.) Die „Neue Correspondenz“ ist ermächtigt, aus authentischer Quelle mitzuteilen, daß die von verschiedenen Blättern verbreitete Nachricht, wonach der Rücktritt des Kabinetts Clemenceau bevorstehe und Briand alle Vorbereitungen für die Neubildung des Kabinetts getroffen habe, jeder Begründung entbehre.

Zur Haltung der Alliierten.

Wilson.

tu. Amsterdam, 17. Juni. (Privattele.) Havas meldet aus Brüssel: Wilson hat Paris verlassen und ist am Montag morgen in Dünkirchen eingetroffen, wo er vom König von Belgien und dessen Gemahlin empfangen worden ist. Nach dem Besuch der ehemaligen ständischen Front wird sich der Präsident nach Brüssel begeben.

WB. Washington, 17. Juni. Reuter. Nach seiner Rückkehr nach den Vereinigten Staaten wird Präsident Wilson eine Rundreise durch das Land antreten und Reden zugunsten des Völkerbundes halten.

Zu der Resolution des Senats Knox.

— Amsterdam, 16. Juni. Nach einer Meldung des Pressebüros Radio schreibt die „New York World“ in einem Leitartikel, die Erreichung der Ziele, wegen der wir uns am Kriege beteiligt haben, wird durch die Resolution des Senats Knox unmöglich gemacht. Wenn wir den Völkerbund umbringen, werden wir viel verlieren und wenig Dauerndes gewinnen. Wir kämpfen um

Freiheit und Sicherheit nicht nur für diese Generation, sondern auch für die kommenden Geschlechter. Wenn es uns nicht gelingt, diesen Zustand zu erringen, dann ist uns trotz aller unserer Siege alles mißlungen.

Die „New York Tribune“ schreibt: „Die Anwälte der Regierung sind außerstande, einzusehen, daß die mit Zug und Brauerei geführte Kampagne zu Gunsten des Friedensvertrages mißglückt ist. Das Publikum lacht, anstatt zu zittern, und der Senat amüsiert sich, anstatt zu erschauern.“

Zur Lage im Osten.

Zu den Kämpfen in Rußland.

WB. London, 17. Juni. Reuter. Das Reutersche Büro erfährt von amtlicher Seite, daß die polnischen Truppen in Ostgalizien an der Flota-Lipa mehrere tausend Gefangene gemacht, viel Kriegsmaterial erbeutet und die Füllung mit vier polnischen Divisionen, die von Döbssa herbeimarschiert waren, hergestellt haben. Ein rumänischer Generalstabsoffizier sei als Vertreter Rumäniens in Warschau eingetroffen.

— Helsinki, 16. Juni. Ein russischer Juntspruch meldet, daß die Truppen der Moskauer Sowjetregierung nach dreitägigen hartnäckigen Kämpfen Ufa eingenommen haben, was als der bedeutendste militärische Erfolg der letzten Monate gelte. Bei der Einnahme sollen viele Gefangene gemacht und große Mengen Munition und Eisenbahnmateriale erbeutet worden sein.

WB. London, 17. Juni. Reuter. Nach einem Telegramm aus Omsk vom 9. Juni sehen die Truppen Koltshals die Offensive fort. Sie vernichteten mehrere rote Bataillone. Südlich drangen sie nach Perm und brachten 12 rote Regimenter bei Nagaj in Richtung Sarapul eine Niederlage bei und machten mehr als 1200 Gefangene. Die Karkofalen schlugen ebenfalls die Roten und machten 1000 Gefangene.

Der Grenzverkehr gegen Polen gesperrt.

WB. Weimar, 16. Juni. Nachdem die polnische Regierung bereits seit mehr als 10 Tagen die Grenzen gegen Schlesien völlig gesperrt hat, andererseits aber in größerer Zahl unautonome Elemente aus Polen die Grenze auf verbotenem Wege zu überschreiten suchen, um Sabotage gegen die Verkehrsmittel der Eisenbahn usw. zu treiben und gegen Deutschland zu hetzen, hat das Generalkommando im Einverständnis mit den Reichs- und Staatskommissaren mit dem heutigen Tage den Grenzverkehr auch einschließend des sogenannten kleinen Grenzverkehrs gegen Polen gesperrt. Für die Maßnahme war auch entscheidend, daß die große Zahl der unerwünschten polnischen Zureisenden die sehr schwierige Lebensmittelfrage weiterhin verschleppert.

Ungarn, Clemenceau und die Tschechen.

Sch. Budapest, 17. Juni. (Privattele.) Clemenceaus Note an Bela Kun hat hier einen ungeheuren Eindruck gemacht. Der Volkskommissar für Aussen und seine Mitarbeiter hielten die Note anfangs für eine Justifikation und liehen erklären, daß sie mit Vorbehalt aufzunehmen sei, bis der amtliche Wortlaut der Note durch die französische Militärmission überreicht werde. Man hält hier die Note für das Eingeständnis der Ohnmacht der Pariser Konferenz, ihren eigenen Verbindungen gegenüber. Die französische Note hat die Käterregierung aufs neue gefestigt.

Aus Mexiko.

WB. El Paso, 17. Juni. Reuter. Die Amerikaner hatten gestern morgen bei Juarez ein siegreiches Gefecht mit Rebellen und machten viele Gefangene.

WB. Washington, 17. Juni. Reuter. Die Truppen Villas haben südlich Juarez die Flucht ergriffen und werden von den Amerikanern verfolgt.

Die Ergebnisse im Reich.

Zum Kapitel der Steuerflucht.

D. Weimar, 17. Juni. (Privattele.) Der Reichsfinanzminister hat der Nationalversammlung den Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes gegen die Steuerflucht vorgelegt, die eine wesentliche Erleichterung der Bestimmungen über die Abwanderung von Kapital ins Ausland bedeutet. Die nach § 5 des Gesetzes zu leistende Sicherheit soll bis auf 50% des Vermögens des Steuerpflichtigen erhöht werden. Diese Sicherheit soll auch dann geleistet werden, wenn Tatsachen vorliegen, daß Vermögenswerte eines Steuerpflichtigen dem inländischen Steuerzueß entzogen werden sollen. Weiter soll die Reichsregierung ermächtigt werden, mit auswärtigen Regierungen ein Uebereinkommen wegen gegenseitiger Rechtshilfe bei der Feststellung des im Ausland befindlichen beweglichen Vermögens der im Inlande wohnhaften Personen zu schließen.

Zur Bekämpfung des Bodenwuchers.

tu. Dresden, 17. Juni. (Priv.) Die sächsische Regierung nahm mit der Reichsregierung Fühlung zur Bekämpfung des Bodenwuchers. Sachgen arbeitet einen Gesetzentwurf aus, welcher der Reichsregierung vorgelegt werden wird. Falls das Reich ihn ablehnt, wird Sachgen selbständig vorgehen. Das Gesetz beabsichtigt auch die Spekulationsgewinne den Spekulantinnen wieder zu entziehen.

Evangelische Generalynode in Baden.

oo. Karlsruhe, 17. Juni. Heute vormittag 10 1/2 Uhr trat im Sitzungssaal des Badischen Landtags die Evangelische Generalynode zu einer kurzen Tagung zusammen, die von dem bisherigen Vizepräsidenten, Dekan Schmitt hennner, den der Generalynodenausschuß zum Präsidenten bestimmt hatte, was auch die Zustimmung der Synode fand, eröffnet wurde.

Im Namen des Oberkirchenrats begrüßte er die Versammelten und sprach daran anschließend das Gebet, in dem er Gottes Schutz auf unser Land ersuchte. Der Präsident stellte hiernach die Beschlussfähigkeit der Synode fest. Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten, deren einziger Punkt lautete: Beschlussfassung über die Wahlordnung für eine neue Landeskirchenvertretung.

Der Präsident des evgl. Oberkirchenrats, Dr. Uebel, entwarf in seiner Ansprache ein Bild des Zustandes der Kirche beim Beginn der Revolution und die Einwirkungen dieser auf ihren Fortbestand unter besonderer Betonung der Gefahr der Verwirklichung des Schlagwortes „Trennung von Staat und Kirche“. Hier sei die evgl. Kirchenverwaltung nicht untätig gewesen. Vier evangelische Pfarrer sind neben drei katholischen Priestern in die Badische Nationalversammlung eingezogen. Den Wünschen der Kirche ist die Landesversammlung im allgemeinen wohlwollend entgegengekommen, nur ein Hauptwunsch ist nicht erfüllt worden, nämlich derjenige, den Religionsunterricht als Pflichtfach in der Verfassung verankert zu sehen. Wir hoffen, daß unseren Wünschen bei der Verabschiedung des Schulgesetzes im Winter nächsten Jahres Erfüllung wird. Immerhin sind wir in Baden noch gut daran, in Sachen z. B. ist der gesamte Religionsunterricht aus der Schule entfernt worden. Vielleicht kommt uns aber die Erfüllung unserer Wünsche von einer Seite, von der wir sie zunächst gar nicht erwarteten, nämlich von der Deutschen Nationalversammlung. Dori hat Abg. Kaumann einen Antrag eingebracht, der den Religionsunterricht als schulausschließendes Lehrfach einzuführen sehen will. Rindet dieser Antrag Annahme, dann ist der Religionsunterricht in der Schule gesichert. Eines aber müssen wir hier erklären: Wir sind nicht gemü-

unsere Schulfugend preis zu geben und wir werden den Kampf um die Jugend auch aufnehmen, nicht im Sinne der Regierung der kirchlichen Macht, sondern in der Überzeugung, daß das, was wir dem Volke bieten wollen, unerlässlich notwendig ist für eine gerechtere, aufrechteren unseres Volkes. Heute haben wir ein verächtliches, unterwerfliches, unterliegendes Landesherr ist uns angenommen worden. Aber das wiegt nicht so schwer, gegenüber dem kirchlichen Zusammenbruch, es ist gelagt worden, die Kirche hat versagt. Das ist nicht richtig! Kirche war nur nicht stark, um das Unheil abzuwenden, sie war nicht stark genug gegenüber dem materialistischen Geist unseres Volkes. Seine Wieberaufsteigerung ist nur möglich im Vertrauen auf die Wirtungen von Religion und des Christentums. Nur aufgrund einer kirchlichen Wiedergeburt kann unser Volk wieder hochkommen. — In seinen Schlussworten sprach Oberkirchenratspräsident Dr. Uebel die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen sich im Geiste der Eintracht abspielen; er gedachte schließlich noch seines Vorgängers Böhling und dankte aufrichtig seinen Mitarbeitern. Mit einem herzlichen Begrüßungswort an die Synodalen schloß Dr. Uebel seine mit Beifall aufgenommene Rede.

Präsident Schmitt hennner dankte dem Oberkirchenratspräsidenten für seine Ausführungen und teilte mit, daß beabsichtigt sei, am Donnerstag eine geheime Sitzung abzuhalten. Hierauf wurde aus der Mitte der Versammlung Einspruch erhoben. Es wurde betont, man möge von geheimen Sitzungen absehen, den Donnerstag frei lassen, und die Beratungen bis Mittwoch Abend beenden. Ein Widerspruch wurde hiergegen nicht laut.

Namens des Verfassungsausschusses berichtete dessen Vorsitzender, Kammerlenigographe E. Frey, über die Vorlagen zur Wahlordnung (Die gedruckte Vorlage wurde leider den Pressevertretern nicht zugefickt.) Der Berichterstatter wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß die neue Wahlordnung eine Modernisierung der bisherigen darstelle. Männer und Frauen sollen unterschiedslos das gleiche kirchliche Wahlrecht erhalten. Gegen die Einführung der Verhältniswahl, die schon 1914 von der kirchlich-liberalen Vereinigung gefordert wurde, bestehen in einigen Kreisen lebhaft Bedenken, die sich noch bei der Frage der Urwahlen verhalten. Wie schon mitgeteilt worden ist, wurden drei Entwürfe von Wahlordnungen ausgearbeitet, die zur Debatte stehen. Nach den Ausführungen des Berichterstatters ist es zu einer endgültigen Uebereinstimmung im Verfassungsausschuß nicht gekommen. Von positiver Seite wurde aber eine Erklärung abgegeben, wonach sie unter Zustimmung gewisser Sicherungen bereit sind, den Urwahlsprinzip zuzustimmen. Inzudem dieser Erklärung enthält der Verfassungsausschuß einen Vermittlungsvorschlag aus, der die Urwahlen vorsieht, aber bei der Verteilung der 70 Abgeordneten auf 7 Wahlkreise auch die Kirchengemeinden berücksichtigt, und die persönliche und mündliche Anwesenheit zur Wahllokale verlangt. Abg. Frey legte der Synode namens des Verfassungsausschusses nahe, diesen Vermittlungsvorschlag den folgenden Beratungen zu unterlegen und diese gleichfalls im Geiste gegenseitigen Entgegenkommens zu führen, wie dies auch im Ausschusse geschehen ist.

Präsident Schmitt hennner dankte dem Redner für seinen klaren Bericht und eröffnete die Aussprache.

Abg. Harrer Ruzinger legte den Standpunkt der Postkammer dar. Er wandte sich zunächst gegen ein Flugblatt der Mittelpartei, das seiner Partei Herrschaft vorwarf. Unserem Volke könne nur geholfen werden, durch die Rückkehr zu Christus. Bedauerlich sei es gewesen, daß die Verfassungsfragen bei ihrer Schwierigkeit so viel Zeit und Arbeit in Anspruch nahmen und dadurch die Erledigung wichtiger religiöser Fragen, wie Schul-, Religions- und Stillschließungsfragen, in den Hintergrund gedrängt wurden. Die Revolution hat den rechtlichen Grundbestand der Kirche erschüttert. In der Mitarbeit zur Wahrung unserer Kirchenverfassung sind wir bereit, wiewohl die Änderung unserer Kirchenverfassung eine erste Stelle hat. Die uns die Stärkung des religiösen Lebens an erster Stelle steht. Uebertragung des Frauenstimmrechts bei kirchlichen Wahlen hat in unseren Reihen nicht überall das Zustimmung gefunden. Bei den Urwahlen in Württemberg ist keine einzige Frau gewählt worden. Auch ich bin dagegen gewesen, ebensowenig die Verhältniswahl, durch die das Parteiwesen nur verstärkt wurde, wie auch durch die Urwahlen. Unsere Einsprüche haben wir aber zurückgelassen und auch hier mitgearbeitet. In der jetzigen schweren Zeit sollte sich die Generalynode in erster Linie mit religiösen Fragen und dann erst mit Verfassungsfragen beschäftigen.

Abg. Harrer Ruzinger sprach schluß hiernach vor, der Verfassungsausschuß möge heute nachmittag zusammentreten und zu einer endgültigen Verständigung kommen. Der gute Wille zur Verständigung wie er von der rechten Seite der Synode geübt worden ist, wird auch von den Liberalen nicht verkannt, es wäre aber einleuchtig, wenn man behaupten wolle, daß das Entgegenkommen nicht auch von unserer Seite geübt werden würde. Wir stehen auf dem Boden des Vermittlungsvorschlages, wünschen aber, daß die Zahl der Abgeordneten auf 80 bis 84 erhöht werde. Die verfassungsgewebende Generalynode soll innerhalb 4 Monaten zusammentreten.

Der Antrag, die Wahlordnung nochmals dem Verfassungsausschuß zu überweisen, wurde einstimmig angenommen. Nächste Sitzung: Mittwoch, den 18. Juni, vormittags 9 Uhr. Fortsetzung der Beratungen und Beratung über die Vorlage des Oberkirchenrats, betr. Wahlordnung, um die aus dem Felde zurückgekehrten Geistlichen möglichst bald wieder ihrem Berufe zuzuführen.

Schluß der heutigen Sitzung 1 1/2 Uhr.

Die Streikbewegung.

— Berlin, 17. Juni. Zum Stilllegen fast sämtlicher Zeitungsgeschäfte in Berlin schreibt der „Vorwärts“: Die Gründe des Nichterscheinens der Zeitungen so gut wie gar nicht bekannt geben lassen so fröhlich auf diesen Umstand, als ob es nur ein Verstoß wäre, der die Vermutung auszusprechen, daß das Ausschleichen der Zeitungen auf irgend eine politische Bewegung zurückzuführen sei. Das ist jedoch nicht der Fall. Es handelt sich nur um einen Wirtschaftskrieg der Buchdruckereibetriebe.

Die Ausstände in Frankreich.

— Paris, 16. Juni. Der Senat der Bergarbeiter hat erklärt, daß bis jetzt kein Uebereinkommen auf Abbruch des Streiks getroffen worden sei. Die erste Grundlage zum Abbruch des Streikes wäre die Annahme des Achtstundentages. Der Bergarbeitergeneralstreik ist unvermeidlich.

WB. Marseille, 17. Juni. Ag. Hav. Im Gironne-Beden ist am Montag der Ausstand der Bergarbeiter zum Generalstreik geworden. Im Cormour-Gebiet, sowie in St. Etienne und Umgebung haben die Bergleute am Sonntag beschloffen, die Arbeit niederzuliegen.

Eisenbahnerausstand in Kanada.

— Amsterdam, 16. Juni. „Allgemeines Handelsblatt“ zufolge meldet die „Daily Mail“ aus Toronto, daß die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten die Wessung erhalten haben, am Mittwoch in den Ausstand zu treten. Es handelt sich um 30 000 Arbeiter in ganz Kanada.

Handel und Verkehr.

Δ Continentale Handelsvereinigung G. m. b. H., Karlsruhe i. B. Unter der Firma „Continentale Handelsvereinigung G. m. b. H.“ wurde von nächstehend genannten Gesellschaften eine Vereinigung ins Leben gerufen mit dem Zweck, mit dem Inlande Handelsbeziehungen anzuknüpfen und zu pflegen. Gesellschafter sind die Herren Karl August Nietem, Karlsruhe, Franz Paul Hansen, Frankfurt a. M., Hans Rab, Bernsbach, sowie die deutschen Distrikts-Gesellschafter: H. C. Mannheim. Die Vorsitzende des Aufsichtsrates sind die Herren Direktor Eugenheim, Karlsruhe i. B., Franz Hans Hansen, Frankfurt a. M. Die Geschäftsführung liegt in den Händen des Herrn Direktor Otto Nietem.

RIETTA

Parfümerie

Frankfurt am Main

Drahtschrift Parfümerie Frankfurt am Main
Fernsprecher: Tauhaus 855.

Hautkrem **Prisierkrem**
Haarwasser **Teerseife**
Kamillen-Extrakt **Kamillen-Seife**

Erstklassige Parfüms.

Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.

60099

Kassensblock

endlos u. gefaltet

Strassenbahn- u. Theater-Billets

Verkaufsstelle: Badische Presse

St. Gailenarbeiterin
und **Inarbeiterin**
H. Degenhardt
Kreuzstraße 3 IV.

Eine Näherin
für sofortige Arbeit.
Dr. Dreier, Theaterstr. 17, II.

Mädchen
für sofortige Arbeit.
Dr. Dreier, Theaterstr. 17, II.

Mädchen
für sofortige Arbeit.
Dr. Dreier, Theaterstr. 17, II.

Köchin
Hausmädchen
auf sofortige Arbeit.
Karl Kreis, Kreuzstr. 17, II.

Mädchen als Köchin
in ruhigen Kleinhaus.
Karl Kreis, Kreuzstr. 17, II.

Mädchen
für sofortige Arbeit.
Karl Kreis, Kreuzstr. 17, II.

Mädchen
für sofortige Arbeit.
Karl Kreis, Kreuzstr. 17, II.

Zimmermädchen
für sofortige Arbeit.
Karl Kreis, Kreuzstr. 17, II.

Mädchen
für sofortige Arbeit.
Karl Kreis, Kreuzstr. 17, II.

Mädchen
für sofortige Arbeit.
Karl Kreis, Kreuzstr. 17, II.

Mädchen
für sofortige Arbeit.
Karl Kreis, Kreuzstr. 17, II.

Mitgeschäftsleiter
sowie einen tüchtigen **Buchhalter**

2 tücht. Vertreter
der Parfümerie- und Gummiwarenbranche für Baden bei hoher Provision gesucht.

Mädchen
für sofortige Arbeit.
Karl Kreis, Kreuzstr. 17, II.

Mädchen
für sofortige Arbeit.
Karl Kreis, Kreuzstr. 17, II.

Schneider
für sofortige Arbeit.
Karl Kreis, Kreuzstr. 17, II.

Schreiner u. Bergolder
für sofortige Arbeit.
Karl Kreis, Kreuzstr. 17, II.

Mädchen
für sofortige Arbeit.
Karl Kreis, Kreuzstr. 17, II.

Mädchen
für sofortige Arbeit.
Karl Kreis, Kreuzstr. 17, II.

Tüchtige Näherin
für sofortige Arbeit.
Karl Kreis, Kreuzstr. 17, II.

Tüchtige Näherin
für sofortige Arbeit.
Karl Kreis, Kreuzstr. 17, II.

Mädchen
für sofortige Arbeit.
Karl Kreis, Kreuzstr. 17, II.

Mädchen
für sofortige Arbeit.
Karl Kreis, Kreuzstr. 17, II.

Arbeiterin
für sofortige Arbeit.
Karl Kreis, Kreuzstr. 17, II.

Beizengnäherin
für sofortige Arbeit.
Karl Kreis, Kreuzstr. 17, II.

Mädchen
für sofortige Arbeit.
Karl Kreis, Kreuzstr. 17, II.

Mädchen
für sofortige Arbeit.
Karl Kreis, Kreuzstr. 17, II.

100 Vertreter gesucht!
In allen größeren und kleineren Städten gesucht, die andere Generalvertreter für den deutschen Bezirk übernehmen wollen.

Mädchen
für sofortige Arbeit.
Karl Kreis, Kreuzstr. 17, II.

Mädchen
für sofortige Arbeit.
Karl Kreis, Kreuzstr. 17, II.

Schliff und Lebensart

von K. Grattolett. Preis Mk. 1,65.

Das Buch von der reinen Freude

Beiträge zu einer frühlichen Lebensanschauung v. R. Ardor. Ein wahrer Sonnenblick für freudlose, verärgerte Menschen. Preis 1,50.

Die Hand am Steuer des Lebens
von R. Ardor. Preis 1,40.

Gegen den Arger
Ein Schutz- u. Trutzbuch v. R. Ardor. Preis 1,40.

Selbsterziehung zur Gesundheit
von Karl Monar. Preis 1,80.

Bücher der Lebensklugheit
von V. v. Lepel.

Vom Sterben der Menschen
von Heinz Welten. Preis 1,40.

Die Schule des Lebens
Verlagsgesellschaft m. b. H., Naumburg a. S. 872 Saale.

Wohnungs-Gesuch
2 ar. Angem. in allem Zubeh. ca. eine 1 od. 2 Zimmerwohng. in andern Stadtteil aufsuchen gesucht. Antr. unter Nr. 318392 an die Bad. Presse.

Wohnungs-Gesuch
Eine kleine, gepflegte, ruhige Wohnung in der Stadt, bestehend aus 1 od. 2 Zimmern, Küche, Bad, WC, etc. Antr. unter Nr. 318393 an die Bad. Presse.

Wohnungs-Gesuch
Zwei möblierte Zimmer in ruhiger Lage, mit allem Zubehör. Antr. unter Nr. 318394 an die Bad. Presse.

Wohnungs-Gesuch
Zwei möblierte Zimmer in ruhiger Lage, mit allem Zubehör. Antr. unter Nr. 318395 an die Bad. Presse.

Trockene Lagerräume

aus Einlagerung von Erbsen in 11083

gesucht.

Erforderlich ca. 200 qm. Antr. unter Nr. 318396 an die Bad. Presse.

Schneiderin
für sofortige Arbeit.
Karl Kreis, Kreuzstr. 17, II.

Schneiderin
für sofortige Arbeit.
Karl Kreis, Kreuzstr. 17, II.

Arbeiterin
für sofortige Arbeit.
Karl Kreis, Kreuzstr. 17, II.

Beizengnäherin
für sofortige Arbeit.
Karl Kreis, Kreuzstr. 17, II.

Mädchen
für sofortige Arbeit.
Karl Kreis, Kreuzstr. 17, II.

Mädchen
für sofortige Arbeit.
Karl Kreis, Kreuzstr. 17, II.

